

14. 03. 2017

Kulturkampf von rechts

Ein Jahr AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt

Seit einem Jahr ist die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. Ihr Einzug in das Landesparlament in Magdeburg markiert den bisherigen Höhepunkt der Mobilisierungsfähigkeit einer rechten Partei in Deutschland. Erwartungen, die AfD-Fraktion werde sich binnen kurzem ob ihrer politischen Unerfahrenheit selbst zerlegen, bewahrheiteten sich bislang nicht. Gleichwohl sind die Fliehkräfte in der Fraktion erheblich, wie sich in dem fast ununterbrochenen Ringen der Fraktion um ihre personelle Aufstellung und innere Machtarchitektur zeigt. Inhaltlich hat die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt einen Prozess politischer Selbstradikalisierung durchlaufen, der uns nicht mehr von einer national-konservativen Partei, sondern von einer völkisch-nationalistischen Partei sprechen lässt: Gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche werden von der AfD ethnisiert oder im Sinne eines reaktionären Rollbacks interpretiert. Miteinander e. V. zieht mit fünf Thesen eine erste Bilanz des Agierens der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt. Im Anschluss werden die Arbeit der Partei im Parlament sowie ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit und zu außerparlamentarischen Bewegungen beleuchtet.

Eine Bilanz in fünf Thesen

1. Skandalisierung und Inszenierung: Die AfD nutzt den Landtag vor allem als Plattform für ihre Präsentation als Anti-Establishment-Partei und alleinige Vertreterin des „Volkes“.

Der AfD geht es darum, die anderen Parteien als korrumpiert und „volksfern“ vorzuführen. Beschimpfungen und Verächtlichmachungen des politischen Gegners gehören zum Standardrepertoire ihrer parlamentarischen Aktivitäten.

Die Anträge der AfD greifen zwar immer wieder populäre oder alltagsrelevante Themen auf, ohne sie aber im Rahmen der Ausschussarbeit weiterzuverfolgen. Vielmehr geht es um die Inszenierung als „Kümmerer“. Gleichzeitig wird den anderen Parteien unterstellt, sich den Problemen und Anliegen der Bevölkerung zu verweigern.

2. Identität und Ideologie: Die politische Agenda der AfD besteht zu großen Teilen aus ihren Identitätsthemen sowie dem Aufgreifen und Bestärken von Ressentiments in der Bevölkerung.

Leitbegriffe der parlamentarischen Initiativen sind Volk, Nation und Familie. Im Mittelpunkt steht dabei die Stigmatisierung und Abwehr von Flüchtlingen, Asylbewerber*innen und Migrant*innen.

Darüber hinaus formuliert die AfD vor allem eine Kampfansage gegen gesellschaftliche Minderheiten. Diese sollen in die Unsichtbarkeit (zurück)gedrängt, wenn nicht gar ihrer Rechte beraubt werden.

3. Provokation und Polarisierung: Die AfD provoziert bewusst mediale Aufreger, um ihre Themen zu setzen und den politischen Diskursrahmen nach rechts zu verschieben.

Das provokative Aufgreifen von Begriffen aus dem Kontext des Nationalsozialismus dient einer Enthemmung der politischen Debatte. Die Grenzen des Sagbaren und des damit politisch-moralisch Vertretbaren werden so sukzessive erweitert.

Die gezielte Herausforderung empörter Reaktionen bestärkt das Image als Anti-Establishment-Partei und signalisiert der extremen Rechten geistige Verwandtschaft.

4. Distanz und Bewegung: Für die AfD in Sachsen-Anhalt ist das Parlament nur eine Option politischen Wirkens unter anderen. Vielmehr begreift Partei sich als fundamentaloppositionelle Bewegungspartei.

Wesentliches Moment ihrer Aktivitäten ist das Agieren in den Sozialen Medien. Dort erreicht die AfD insbesondere jene Menschen, die der etablierten Politik fern stehen und traditionellen Medien grundlegend misstrauen.

Führende Mitglieder der AfD sind eingebunden in ein breites Netzwerk rechter politischer Akteure – von den „Identitären“ über das Milieu der Neuen Rechten bis hin zu diversen regionalen rassistische Bürgerinitiativen.

5. Überwindung und Transformation: Letztendlich geht es der AfD um die Überwindung einer liberalen und offenen Gesellschaft zugunsten einer homogenen und autoritären Gemeinschaft.

Die AfD im Parlament

Nach einem Jahr AfD im Landtag zeigt sich: Provokationen und Regelverletzungen sind weder Ausnahme noch Zufall, sondern Programm und bewusste Inszenierung. Zuallererst geht es der AfD darum, die konkurrierenden Parteien der Regierungskoalition und der Opposition als gleichermaßen korrumpierte politische Klasse vorzuführen. Dem nachgeordnet entfaltet die AfD-Fraktion eine politische Agenda ihrer Identitätsthemen und ihres nationalkonservativen Selbstbildes. Im Vordergrund stehen hierbei die Leitbegriffe Familie, Volk und Nation.

Der in der Rhetorik der Partei aufgerufene Gegensatz zwischen dem vermeintlichen Willen des Volkes einerseits und den volksfernen „Altparteien“ andererseits steht für einen untergründigen Antiparlamentarismus. Das Parlament als Ort der Repräsentation des Wählerwillens wird relativiert, indem sich die AfD als eigentliche Sachwalterin des Volkes präsentiert und anderen Parteien jegliche Legitimation abspricht, als wären nicht alle Parteien im Landtag vom Volk gewählt.

Zuwanderung als Bedrohung

Die Themen Asyl und Zuwanderung verhandelte die AfD in einem ethnopluralistisch-monokulturellen Diskurs bis hin zu offen rassistischen Thesen. Ausgehend von der behaupteten Existenz ursprünglich homogener Gesellschaften variiert die Partei ihre ideologische Grundannahme, Bundes- und Landesregierung steuerten aktiv die Zahl der Geflüchteten mit dem Ziel, das deutsche Volk

langfristig „auszutauschen“. Zuwander*innen seien dementsprechend eine Bedrohung für die Lebensqualität und die innere Sicherheit. Sämtliche Maßnahmen der Integrationspolitik seien deshalb abzulehnen.

Bestätigung für ihre Auffassung suchte die AfD-Fraktion über eine Vielzahl kleiner Anfragen in Statistiken zu Ausländerkriminalität und Integrationskosten. Dass Zahlen und Fakten ihre Befunde nicht bestätigen, focht das Argument in den Augen der Partei nicht an. Vielmehr ging es ihr um eine „gefühlte“ Unsicherheit in der Bevölkerung und den gezielten Versuch, vorhandene Ressentiments zu stärken.

In diesem Sinne appellierte die AfD an einen rassistisch motivierten Alltagsverstand, der von der grundsätzlichen Integrationsunfähigkeit von Menschen aus anderen kulturellen Kontexten ausgeht. In der Propaganda der AfD war dabei vom „gesunden Menschenverstand“ die Rede, dessen vorgebliche Plausibilität keiner Debatte mehr bedürften.

Kultur und Nation

Die Anträge und Plenumsreden der AfD-Fraktion zu kulturellen Themen spiegelten ein Verständnis von deutscher Kultur als einen abgeschlossenen Kanon sowohl von Werken als auch von Anschauungen und Haltungen wider. Dieser statische, an der Zeit der Nationalstaatsbildung orientierte Kulturbegriff negiert beständige kulturelle Wandlungen und Erweiterungen. Er versteht sich nicht nur als eine Leitkultur, sondern als verbindliche Richtschnur gesellschaftlichen Handelns. Zwar werden Varianten kultureller Horizonte und Praxen im Sinne des Ethnopluralismus von der „Vielfalt der Völker“ anerkannt, eine mögliche oder tatsächliche Zugehörigkeit zu Deutschland oder der deutschen Kultur wird aber ausgeschlossen. Dementsprechend drang die AfD etwa bei der Frage nach der Ausgestaltung der Spielpläne von Theatern und Orchestern auf einen Primat dessen, was sie unter Nationalkultur verstanden wissen will – einschließlich ihrer historistischen Inszenierung.

Familie und Gender

Neben der Postulierung einer ethnisch und kulturell homogenen Gesellschaft widmete sich die AfD-Fraktion immer wieder geschlechter- und familienpolitischen Fragen. Bereits in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 vertrat die Partei die Heteronormativität als verbindliches familienpolitisches Leitbild in Verbindung mit

antifeministischen und homosexuellenfeindlichen Motiven. Dem waren alle geschlechter- und familienpolitischen Positionierungen der AfD untergeordnet.

Parlamentarische Initiativen zielten darauf, die Förderung von Projekten zu beenden, die sich nicht ausschließlich der Stärkung traditioneller Familien widmen. Die dahinter stehenden Ressentiments und Abwertungen etwa gegen über Homo- und Transsexualität wurden dabei i.d.R. nicht offen artikuliert. Vielmehr zielte die Argumentation der AfD auf eine vermeintlich übergebührende gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Privilegierung sexueller Minderheiten. Auch hier wieder wurde die Gegnerschaft der Partei etwa zum Aktionsprogramm LSBTTI vor einem apokalyptischen Bedrohungsszenario beschrieben: Die Gesellschaft laufe Gefahr sich dem Deutungsanspruch nicht-traditioneller und/oder „volksfremder“ Ideen zu unterwerfen.

Zwischen Machtpragmatismus und ideologischem Fundamentalismus

Insgesamt changierte die AfD-Fraktion in ihrem ersten Jahr im Landtag zwischen machtorientiertem Pragmatismus und ideologischem Fundamentalismus. Einerseits stellte sich die Partei fachpolitisch (mehr oder weniger) professionell auf, um mit den anderen Fraktionen auf Augenhöhe in den Ausschüssen zu agieren. Andererseits zielten ihre Initiativen darauf, das Parlament als Plattform für rechte Ideologie und Propaganda zu nutzen: Die Strategie der gezielten rhetorischen Provokation hatte die Polarisierung der Öffentlichkeit im Blick und sollte die Reichweite der eigenen Deutungsangebote erhöhen.

In diesem Sinn nutzte die AfD etwa Begrifflichkeiten, die sie der völkischen Bewegung und dem Nationalsozialismus entlehnte. Deren Verwendung forderte voraussehbar empörte Reaktionen der politischen Wettbewerber heraus und verschaffte der AfD in der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie großzügigen Raum. Zugleich vermied die Fraktion eine klare Distanzierung vom nazistischen Deutungsgehalt rechter Signalwörter durch den Verweis auf die mehrdeutige ideengeschichtliche Herkunft etwa der Begriffe „Volksgemeinschaft“ und „Volkskörper“. Über das Aufmerksamkeitskalkül hinaus dient die provokatorische Verwendung nationalsozialistischer Begriffe einer Enthemmung des politischen Diskurses, in dem die Grenzen des Sagbaren und des damit politisch-moralisch Vertretbaren sukzessive erweitert werden sollen.

Die AfD und die Medien

Eng verknüpft mit dem Agieren im Landtag ist die strategische Kommunikation der AfD in die (mediale) Öffentlichkeit. Kennzeichnend für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei ist die Fokussierung auf die Sozialen Medien im Internet, insbesondere Facebook und Twitter.

Ansprache einer Parallelwelt

Hierüber vermag die AfD ihre Mitglieder und Anhänger*innen direkt anzusprechen – in einer Parallelöffentlichkeit jenseits der etablierten Medienstrukturen. Damit erreicht die Partei insbesondere jene Menschen, die der etablierten Politik fern stehen und traditionellen Medien grundlegend misstrauen. Überdies umgeht die AfD in der Kommunikation ihrer Positionen den Umweg über Journalist*innen. Sie kann damit kritische Fragen vermeiden und muss sich nicht einer faktenbasierten Kontextualisierung stellen. Bereits im Wahlkampf 2016 war die AfD mit dieser Strategie äußerst erfolgreich und ist seitdem mit ihrer Präsenz bei Facebook den konkurrierenden Parteien voraus.

Selbst innerparteiliche Debatten werden im Web 2.0 ausgetragen. Meinungsbildungsprozesse finden so weitgehend transparent und quer zu den sonst üblichen Kommunikationsverfahren und Parteihierarchien statt. Einerseits bleibt die AfD so stetiges Thema im Web 2.0, mobilisiert Mitglieder und Anhänger*innen und schafft eine hohe politische Dynamik.

Andererseits ist diese offene Kommunikationsform problembehaftet. Interne Vorgänge, die zuvor nur der eingeschränkten Öffentlichkeit etwa eines Kreisverbandes zugänglich waren, finden sich in sozialen Netzwerken bis in alle Einzelheiten dargestellt. Wird dies von Journalist*innen und anderen externen Rezipient*innen aufgegriffen, verstärkt es mitunter parteiinterne Auseinandersetzungen und Querelen. Politische und personelle Machtkämpfe eskalieren immer wieder und lassen die AfD als eine stark zerstrittene Partei erscheinen.

Kommunikation in die rechte Medienlandschaft

Jenseits des Internets bedient die AfD mit ihren Boten vor allem eine wachsende rechte Medienlandschaft, um potentielle Anhänger*innen und Wähler*innen zu erreichen. Über Jahre hinweg war die rechte Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) der publizistische Ort, der die politischen Selbstverständigungsprozesse der

AfD abbildete. Die JF verfügte früher als andere Medien über Parteinternas, und AfD-Funktionäre wie Alexander Gauland nutzten die JF als persönliche Plattform.

Derzeit wichtigster medialer Multiplikator des anhaltenden Rechtskurses der AfD ist die Monatszeitschrift „Compact“ mit ihrem Chefredakteur Jürgen Elsässer. Die Zeitschrift versteht sich als Sprachrohr der Höcke-Poggenburg-Connection, und die zahlreichen, auch in Kleinstädten stattfindenden „Compact“-Veranstaltungen ziehen Menschen in einem überparteilichen Rahmen als potentielle Wähler*innen und Unterstützer*innen der AfD an.

Opferdiskurs und Authentizität

Dennoch boykottiert die AfD nicht generell die von ihr so gern als „Lügenpresse“ verleumdete „Mainstream-Medien“. Im Gegenteil. Ihr auch im Parlament erprobte Strategie der Provokation und Polarisierung findet gerade in traditionellen Medienformaten ihren Niederschlag. So haben in den letzten Jahren zahlreiche Talkshows dazu beigetragen, diese Strategie aufgehen zu lassen.

Wesentlich für diesen Erfolg war, dass die Vertreter*innen der AfD stets darauf achteten, sich trotz ihrer Provokationen als vermeintliche Opfer des politischen Diskurses in Szene zu setzen, deren Meinungskundgabe von einer breiten Allianz etablierter Medienakteure unterdrückt oder verfälscht werde. Die AfD hat es inzwischen zur Meisterschaft entwickelt, sich als weißer Ritter der Wahrheit zu präsentieren, der dem angeblichen Meinungskartell die Stirn bietet.

Gleichzeitig präsentieren sich Vertreter*innen der Partei als Außenseiter des Politik- und Medienbetriebes oder vermitteln die Idee, sie seien gar nicht Teil dessen und müssten sich daher nicht an die Regeln halten. Die AfD beansprucht, Sprecherin des Volkes zu sein, während andere nur eigene Interessen oder die von Lobbygruppen und des „Establishments“ vertreten. Eng mit dieser Sichtweise verbunden ist die Betonung des „gesunden Menschenverstands“, der eine natürliche Plausibilität der Argumente der AfD nahelegen soll. Gegenargumente erscheinen so als ideologisch motiviert oder politisch unseriös.

Klaviatur der öffentlichen Erregung

Zugleich nutzt die AfD bewusst die mediale Aufmerksamkeitskonjunkturen mit ihrem Wechselspiel aus Reiz/Provokation-Reaktion/Erregung. Damit können mit provokanten Statements in rascher Abfolge öffentliche

Aufreger produziert werden. Doch sind solche Erregungsdiskurse einmal in Gang gesetzt, bleibt die Partei nicht zwingend Herrin dieses diskursiven Verfahrens, wie der Verlauf der Debatte um die Rede Björn Höckes in Dresden zeigt.

Diese war in Inhalt und Tonalität zweifelsfrei an den Kern der Anhänger*innenschaft der AfD adressiert, und konnte mit ihrer Zustimmung rechnen. Jenseits davon setzte die Rede jedoch eine Dynamik in Gang, die die AfD derzeit reale Zustimmung kostet. Weitaus häufiger jedoch verschaffen die mediale Erregungs- und Skandalisierungprozesse der AfD eine permanente Präsenz in der öffentlichen Wahrnehmung. Die politische Konkurrenz wird so zur Befassung mit den Themen und Diskursen der Partei gezwungen, womit sich der Rahmen des Sag- und Verhandlbaren sukzessive erweitert.

Die AfD als rechte Bewegungspartei

Derzeit drehen sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Nähe oder Distanz von Gliederungen und Funktionär*innen zu den Positionen des Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Neben personellen und taktischen Überlegungen geht es dabei im Grundsatz um die Frage, wo sich die AfD innerhalb des Parteiensystems der Bundesrepublik verortet. Die einen sehen die Partei als nationalkonservative Kraft rechts der Union, die sich dauerhaft in den Parlamenten etablieren soll. Die anderen verstehen die AfD eher als parlamentarischen Arm einer von PEGIDA und anderen Protestformaten getragenen Bewegung, deren Ziel langfristig die Transformation der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie in einen autoritären, ethnisch homogenen und monokulturellen Staat ist.

Der Aufbau einer solchen Bewegungspartei erfordert eine andere politische Praxis in- und außerhalb der Parlamente als das ausschließliche Agieren innerhalb es etablierten parlamentarischen Systems. Die Dynamik einer Bewegungspartei ergibt sich aus dem Wechselspiel zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten, deren Schwerpunkt jedoch außerhalb des Parlaments liegt – bei der Anhängerschaft im Kampf gegen die Machtmechanismen der als „Establishment“ gescholtenen politisch-medialen Klasse.

Nach einem Jahr im Landtag ist klar: Für die AfD in Sachsen-Anhalt ist das Parlament nur eine Option politischen Wirkens unter anderen. Im Anschluss an das Parlamentsverständnis Höckes agiert die Partei als rechte

Bewegungspartei. Als solche sucht sie weniger das Echo auf ihre Politik in den Formaten der etablierten Öffentlichkeit als über die Ansprache ihrer Anhänger*innen über Kundgebungen, Bürgerforen und das Internet. Hierüber suggeriert die Partei eine direkte Legitimation und Bestätigung. So präsentiert sich die AfD als ein Projekt der „letzten evolutionären Chance“.¹

So ist die Arbeit im Parlament nicht das Zentrum ihres politischen Wirkens, im Sinne der Mitwirkung an Gesetzgebungsverfahren o.ä., sondern die Plattform ihrer politischen Initiativen für eine langfristige Veränderung der Koordinaten der politischen Kultur in Deutschland. Führende Mitglieder der AfD in Sachsen-Anhalt sehen sich eingebunden in ein breites Netzwerk rechter politischer Akteure, welches etwa die „Identitären“, das Milieu der Neuen Rechten und diverse regionale rassistische Bürgerinitiativen als Referenzpunkte umfasst. Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen André Poggenburgs zu verstehen, wonach extrem rechte Positionen zur AfD gehören, weil die Partei eine Volkspartei sei.

Damit nähert sich die AfD einem Parlamentarismus- und Parteienverständnis wie es die NPD vertritt. Im Unterschied zu dieser neonazistischen Partei ist sie jedoch keine Weltanschauungspartei. So kann die AfD als Sammlungsbewegung Wähler*innen und Anhänger*innen ansprechen, die sich vom Neonazismus der NPD und ihres braunen Umfeldes abgeschreckt fühlen, obwohl sie deren rassistische und autoritäre Einstellungen teilen. In diesem Sinne gelingt es der AfD, unter ihrem Dach völkisch-nationalistische, nationalkonservative und rechtspopulistische Strömungen zu vereinen.

Grenzen der Auseinandersetzung

Nach dem Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt wurde bundesweit der Ruf nach einer scharfen politischen Auseinandersetzung mit den politischen Angeboten der Partei laut. Die diesbezüglichen Vorschläge reichten von der Forderung, der AfD sämtliche Kooperation im Parlament zu verweigern bis hin zu jenen, der AfD inhaltlich entgegenzukommen, ohne den Kern ihrer politischen Forderungen zu übernehmen.

Indes hat sich gezeigt, dass bisher alle Strategien der Auseinandersetzung – die moralische Empörung, die sachpolitische Debatte und die ideologische Dekonstruktion – mit der AfD-Fraktion an ihre Grenzen gestoßen sind.

Moralische Empörung

Einen schmalen Grad beschreitet, wer angesichts der fortwährenden Provokationen der AfD darauf setzt, die Partei mit den Mitteln der politischen Moral zu schlagen. Zwar muss der Enthemmung im politischen Diskurs Paroli geboten werden. Doch birgt der Tonfall moralischer Überlegenheit und Empörung gegenüber der AfD die Gefahr, ungewollt zu verstärken, was man zurückdrängen will. So bezichtigt die AfD die „politische Klasse“, die Moral als „Keule“ ihres Machtinteresses zu missbrauchen, und behauptet die Existenz einer „Diktatur der politischen Korrektheit“, die die offene Debatte im Land ersticken würde. Dabei spielen die AfD und das Umfeld der Neuen Rechten immer dann die Karte, man sei und werde allenthalben Opfer der Medien und der „Altparteien“, wenn es darum geht, sich die Öffentlichkeit zu Willen zu zwingen.

Sachpolitische Debatte

Der Versuch, die AfD auf dem Feld der Sachpolitik zu stellen, d.h. ihre politischen Intentionen und Mittel sichtbar werden zu lassen, mag im Augenblick der parlamentarischen Debatten funktioniert haben. Ob sich dies erfolgreich in das Milieu einer der institutionalisierten Politik fernstehenden Wähler*innenschaft kommunizieren ließ, ist zweifelhaft. Faktenchecks gegenüber den AfD-Vorschlägen erreichen Anhänger*innen der Partei häufig argumentativ nicht – insbesondere dann, wenn diese Angebote die subjektive Gefühlslage bedienen, wie etwa der empfundenen Bedrohung des eigenen Lebens durch den Islam. In diesen Fällen lässt sich eine Entzauberung der AfD kaum mit sachlichen Gegenargumenten erreichen.

Ideologische Dekonstruktion

Auch der Versuch, die AfD im Parlament in eine Auseinandersetzung mit ihren eigenen Argumenten zu zwingen, erwies sich als schwierig. Immer wieder weicht die Partei dieser Auseinandersetzung nach dem Muster rechtspopulistischer Politikformen aus, in dem sie sich den Kategorien politischer Konstruktivität verweigert.² Paradoxien und Widersprüche in ihren Politikkonzepten scheeren die AfD nicht, solange sie ihnen im politischen Betrieb nur Gehör verschaffen. Das Unterfangen, die Partei bloßzustellen misslingt, weil es der AfD nicht um die bloße Repräsentation ihrer Inhalte geht. Auch die Dekonstruktion der politischen Erzählung der AfD von Deutschland auf den Weg der „Islamisierung“ und des „Verfalls der öffentlichen Ordnung“ ist schwierig. Sie steht in der Gefahr, als Verstärker für die Themen der AfD zu wirken,

indem sie in der Abwehr der AfD deren Diskurssetzungen als gegeben annimmt.

Gelingen kann letztendlich nur eine Kombination der Ansätze: Die Arbeit an der inhaltlichen Dekonstruktion der apokalyptischen Zukunftsbeschreibung der AfD und zugleich die Entwicklung attraktiver eigener gesellschaftspolitischer Entwürfe sowie die Fähigkeit zu dessen Ausgestaltung.

Und: Die Auseinandersetzung um die Polarisierung der Gesellschaft und die Kampagnenthemen der AfD wird in erster Linie nicht im Parlament gewonnen oder verloren. Ihr eigentlicher Ort ist eine fragmentierte Öffentlichkeit, in der politisch nicht mehr die gleiche Sprache gesprochen

wird. Sie bildet sich auch in den Sozialen Medien und in den Konjunkturen der Aufmerksamkeit für ressentimentgesteuerte Interventionen von rechts ab.

Den Blick nur auf die parlamentarischen Aktivitäten der AfD zu richten hieße, den stattfindenden Kulturkampf von rechts um die Hoheit über Normsetzungen auszublenden. Aus diesem Grund müssen die parlamentarischen Initiativen der AfD in dem Kontext verstanden werden, in den sie gehören: die Auseinandersetzung um die künftige Ausgestaltung des Zusammenlebens – in einer offenen Gesellschaft oder einer illiberalen Ordnung, wie sie der Rechten vorschwebt.

David Begrich/Pascal Begrich

VERWEISE:

1. Vgl. Höcke, Björn: „Gemütszustand eines total besiegten Volkes.“ Dokumentation der Rede in Dresden. In: Tagesspiegel, 19.01.2017, <http://www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-diese-regierung-ist-zu-einem-regime-mutiert/19273518-2.html> (eingesehen am 03.03.2017).

2. Vgl. André Poggenburg im Hinblick auf die Regierungserklärung von MP Rainer Haseloff: „Die AfD ist ja nun in der sehr schönen Lage, Oppositionsführer zu sein und muss eben keinen Ausblick geben.“ Zitiert nach: <http://www.mz-web.de/24162226> (eingesehen 04.03.2017)

Impulse für eine lebendige Demokratie

miteinander**aktuell** informiert in kompakter Form über rechtsextreme Ereignislagen oder aktuelle Debatten im Themenfeld.

Herausgeber: Miteinander e. V. | V. i. S. d. P.: Pascal Begrich
Erich-Weinert-Str. 30 | 39104 Magdeburg | www.miteinander-ev.de



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.